Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 224 Nr. 72 a

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Zustellung 2,50 G.-M., ausschließlich Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen amtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonates angenommen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile 15 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die 3 gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Sonnabend, 26. März 1927

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Lebhafte Abrüstungswünsche in Genf

Eine deutsche Erklärung vor der Abrüstungskommission

Genf, 25. März. In der heutigen Vormittagssitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission gab der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, bei der Debatte über die weitere Methode der Verhandlungen folgende Erklärung ab:

„Ich lege großen Wert darauf, zu betonen, daß die deutsche Delegation ihr volles Einverständnis und ihre Mitarbeit zu sämtlichen Methoden geben wird, die zu einer allgemeinen Abrüstung führen. Für Deutschland sind gegenwärtig zwei Momente von besonderer Bedeutung. An erster Stelle legen wir großen Wert darauf,

irgend welche Scheinlösungen unter allen Umständen zu vermeiden,

und wir werden als eine Scheinlösung diejenigen Versuche ansehen, lediglich den gegenwärtigen Stand der Rüstungen zu stabilisieren. Von besonderer Bedeutung ist für die deutsche Delegation ferner, daß die logische Entwicklung, die von den seinerzeit übernommenen Abrüstungsverpflichtungen über den Artikel 8 des Völkerbundspaktes schließlich zu den feierlichen Verpflichtungserklärungen von Locarno führte, wohl eine Teillösung der Frage als eine erste Etappe gestattet, jedoch keineswegs eine Milderung erlaubt, die nicht ausschließlich den Grundsatz festlegt, daß

das Endziel aller Verhandlungen die allgemeine Abrüstung

ist, die sämtliche Staaten ohne Ausnahme umfaßt, und zwar auf der Grundlage eines einheitlichen Planes, ferner eine gerechte Verteilung der Rüstungen der Staaten aufstellt."

Graf Bernstorff wies ferner darauf hin, daß der polnische Vorschlag, aus den beiden vorliegenden Entwürfen ein einheitliches Projekt herzustellen, schwere Gefahren in sich trage. Die Abrüstungskommission würde dann vor einem fertigen Entwurf stehen, der eine Aenderung entsprechend den Wünschen der verschiedenen Delegationen schwierig machen würde.

Die Freitagssitzung der Genfer Abrüstungskommission

Genf, 25. März. Zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung der Abrüstungskommission gab der Vertreter Finnlands eine Erklärung ab, in der er die beiden Konventionsentwürfe der englischen und französischen Delegation als einen Beweis des guten Willens zur allgemeinen Abrüstung begrüßte. Er betonte, daß es notwendig sei, alle Möglichkeiten eines Angriffskrieges aufzunehmen. Die finnländische Regierung bestehe auf der Verbindung zwischen dem Problem der Abrüstung und dem Problem der Sicherheit. Der Delegierte erwähnte dann den Antrag Finnlands, einen Plan für die finanzielle Hilfe angegriffener Staaten zu schaffen, und betonte ferner, daß die Herstellung neutraler Zonen eine Sicherheit für die besonders gefährdeten Staaten bieten werde. Sodann gab der Vertreter Amerikas eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß er den Inhalt der beiden Konventionsentwürfe telegraphisch der Washingtoner Regierung übermittelt habe. Das englische und das französische Projekt stellten

ein außerordentlich bedeutungsvolles Material

dar, das von den Sachverständigen eingehend geprüft werden müßte. Die amerikanische Regierung sei bereit, ihre volle Mitwirkung zur Lösung der großen und schwierigen Probleme der Abrüstung zur Verfügung zu stellen.

Hierauf legte der englische Vertreter den Standpunkt seiner Regierung zur Landabrüstung dar. Er wies darauf hin, daß England sich in einer von den meisten kontinentalen Staaten völlig verschiedenen Lage befinde. Die englische Armee habe lediglich die Aufgabe, die Interessen des englischen Weltreiches zu schützen. Die belgische und französische Auffassung über die Methoden der Landabrüstung lehnte er nochmals ab.

Der Vertreter Chiles gab eine Erklärung ab, in der er sagte, die Regierung von Chile halte erstens die Schaffung von regionalen Abrüstungsverträgen für notwendig, zweitens fordere sie, daß die Abrüstung den Grundsätzen der Sicherheit der einzelnen Staaten untergeordnet werde, und drittens müßte bei der Abrüstung der besonderen geographischen und wirtschaftlichen Lage der einzelnen Staaten Rechnung getragen werden.

Dann gab der deutsche Delegierte Graf Bernstorff die obige Erklärung ab.

Anschließend teilte der polnische Delegierte mit, daß

die polnische Delegation in allen Punkten mit den Erklärungen des Grafen Bernstorff übereinstimme.

Zum Schluß wurde auf Antrag des belgischen Vertreters beschlossen, das Büro der Abrüstungskommission, das aus dem Präsidenten Loudon, den beiden Vizepräsidenten Broucquere und Beverka sowie Lord Cecil und Paul-Boncour besteht, zu beauftragen, für die morgige Vormittagssitzung eine Zusammenstellung zu schaffen, die das erste Kapitel über die Abrüstung der aktiven Truppenbestände behandeln soll. Diese Zusammenstellung soll

sowohl die Gegensätze, als auch die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Auffassungen

enthalten. Ferner ist das Büro beauftragt worden, für die weiteren Verhandlungen eine gleiche Zusammenstellung über die sämtlichen Fragen, und zwar auf Grund der vorliegenden beiden Konventionsentwürfe der englischen und der französischen Delegation herzustellen. Die nächste Sitzung der Abrüstungskommission findet morgen vormittag statt.

Das Reichskabinett zur Braun-Attacke

Das Reichskabinett lehnt ab

Berlin, 25. März. Von Seiten der Reichsregierung wird nunmehr der Eingang des Briefes des preußischen Ministerpräsidenten Braun an den Reichskanzler in der Frage der Verlängerung des Republikschutzgesetzes und der Möglichkeit der Rückkehr des Kaisers bestätigt. Es wird jedoch erklärt, daß es des Hinweises der preußischen Regierung nicht bedurft hätte, um diese Frage zu prüfen. Die Angelegenheit unterliege der Prüfung des Reichskabinetts.

Braun's Brief

(Von unserem ständigen Berichterstatter.)

Berlin, 25. März. Der Brief des preußischen Ministerpräsidenten Braun an den Reichskanzler in der Frage des Verbotes der Rückkehr des Kaisers ist nicht mehr und nicht weniger als ein Ultimatum der preußischen Regierung an die Reichsregierung. Da der preußische Ministerpräsident Braun ebensogut wie jeder andere Deutsche weiß, daß die Frage der Rückkehr des Kaisers im Augenblick überhaupt nicht aktuell ist, ist die preußische Drohung nichts anderes als ein Manöver zu ausgesprochen parteipolitischen Zwecken. Herr Braun rennt offene Türen ein, wenn er die Drohung ausspricht, Preußen würde von sich aus zu außerordentlichen Maßregeln greifen, wenn das Reich die in Frage kommenden Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik nicht verlängere. Was sich der preußische Ministerpräsident dabei denkt, daß er eine preußische Initiative auch zum Schutze gegen Beschimpfung und Herabwürdigung der verfassungsmäßigen Staatsform des Reiches ankündigt, falls diese Bestimmungen des Republik-Schutzgesetzes ebenfalls nicht verlängert werden, ist nicht ganz klar. Wenn auch das sozialistische Preußen seine Eigenstaatlichkeit in sehr eigenartiger Weise betont, so dürfte es doch auch den jetzigen Herren Preußens schwer fallen, in dieser Form vom Land aus für das Reich einzutreten. Herr Braun, der dem Reich Vorschriften machen will, wird, soviel steht schon jetzt fest, an dem bisher geplanten ruhigen Gang der Untersuchungen des Reichsinnenministeriums über die Notwendigkeiten der Verlängerung oder Nichtverlängerung nichts ändern. Das Reichskabinett hat sich mit dem Brief Brauns noch nicht befaßt und es ist wohl anzunehmen, daß er nur eine Antwort vom Reichskanzler selbst, nicht aber offiziell vom Reichskabinett finden wird. Das Reichskabinett ist sich schon vor längerer Zeit darüber schlüssig geworden, daß die Erhebungen über die Zweckmäßigkeit gewisser Abänderungen und gewisser Beibehaltungen vom Reichsinnenministerium anzustellen seien. Was die Gerüchte von einem Zusammenhang zwischen einem baldigen Berliner Aufenthalt der Prinzessin Hermine und der angeblichen Rückkehr des Kaisers anlangt, so ist festzustellen, daß Prinzessin Hermine nur beabsichtigt, zeitweise in Berlin zu verweilen und in dem Palais Unter den Linden 37 Aufenthalt zu nehmen — was nicht weiter verwunderlich ist, da dies Gebäude bei dem Ausgleich zwischen Preußen und dem Hause Hohenzollern dem Kaiser zugesprochen wurde. Wenn die Linke beabsichtigt, den Aufenthalt der Prinzessin Hermine an dieser „provozierenden" Stelle zu verhindern, so werden ihr hierfür gesetzliche Handhaben nicht zur Verfügung stehen.

System Severing und der Landtag

Berlin, 25. März. Das Haus nimmt zunächst die erste Beratung der Novelle zum preußischen Ausführungsgesetz zum **Finanzausgleich** vor, die im wesentlichen eine Verlängerung des bisherigen Zustandes angesichts der ungeklärten Lage beim Reichsfinanzausgleich vorsieht.

Abg. **von Eynern** (Dvpt.) weist darauf hin, daß trotz der Mehrüberweisung an die Länder, deren Finanzlage keineswegs leichter geworden sei. Bei Verteilung der Mittel müsse endlich der Grundsatz der großen Kotgemeinschaft aufgestellt werden. Der bisherige Verteilungsmodus in Preußen sei abzuändern. Er fordere, daß die Verteilung nicht einfach nach dem Aufkommen erfolge, und daß die Gemeinden in ihren kulturellen Belangen mehr unterstützt würden.

Abg. **Stolt** (Komm.) erklärte, die steuerliche Belastung der werktätigen Massen sei ungeheuer gestiegen. Die Beteiligung der Landwirtschaft an den Reichsabgaben sei gesunken.

Abg. **Hecker** (Dntl.) verlangte Erweiterung der Regierungsvorlage bezüglich der Garantie für die Gutsbezirke und trat besonders für die Unterstützung der Gemeinden des Ostens ein. Die Vorlage wird dem Hauptausschuß überwiesen. Das Haus setzt die **Aussprache zum Innenetat** fort.

Abg. **Dr. Schwering** (Zentr.) hob die Verdienste des Zentrums durch seine Beteiligung an Reichs- und Staatsregierungen zur Festigung der Republik hervor. Man könne Severing zustimmen, daß die Konstruktion der Weimarer Verfassung ein Zusammenarbeiten zwischen Reich und Preußen durchaus möglich mache. Die Paritätsverhältnisse könnten das Zentrum immer noch nicht befriedigen. **Wilhelm II. müsse weiter im Exil bleiben.** Denn über dem Wohl des ehemaligen Herrschers stehe das Wohl des deutschen Volkes. Zu dem Vorwurf, daß die Beamtenschaft in Preußen nach ihrem Parteibuch angestellt würde, nannte der Redner einen Fall, in dem ein deutschnationaler Minister einen Regierungsrat mit der Begründung entlassen habe, er müsse unter den hundert Bewerbungen deutschnationaler Anhänger wenigstens einen berücksichtigen, sonst werde die Unzufriedenheit mit der deutschnationalen Fraktion im Lande allzu groß. (Lebhaftes Hört! Hört links. Große Unruhe rechts.) Das **System Severing** habe gegenüber dem früheren System den **Vorzug,** daß alle Volkstreile jetzt zur Mitarbeit am Staate herangezogen würden. Die republikanische Beschwerdestelle müsse großzügiger als bisher arbeiten.

Abg. **von Eynern** (DVP.) erklärte, der tiefere Grund, daß es mit der Verwaltungsreform nicht vorwärts gehe, sei das bisherige Fehlen eines wirklichen Verwaltungsministers. Ohne die Deutsche Volkspartei brächten es die Regierungsparteien zu nichts. Die Rede Severings sei ein einziger **Schrei nach der Großen Koalition** gewesen. Die jetzige Koalition habe auf gesetzgeberischem Gebiet abgewirtschaftet. Immer wieder würden Beamte einem politischen Gesinnungsexamen unterworfen. Der Staatssekretär stelle Fragen nach der Partei und nach der Stellung des Beamten zur Flaggenfrage. (Hört, hört rechts!) Die Deutsche Volkspartei verbitte sich das für ihre Angehörigen. Der Redner erklärt: Selbstverständlich sind wir Republikaner. Niemand könne sich darauf berufen, daß der Ursprung der jetzigen Neuordnung nicht auf dem Boden des Rechtes stehe.

Abg. **Kilian** (Komm.) erklärt, der Innenminister führe alles aus, was die Reaktionäre wollten. Man denke nicht daran, gegen die Rückkehr des Kaisers nach Berlin etwas zu unternehmen. Die Polizeiherrschaft gehe so weit, daß die Gemeinden gezwungen werden, Polizeibeamte anzustellen. Kommunisten würden von öffentlichen Aemtern ausgeschlossen.

Abg. **Ruschke** (Dem.) erwidert dem Abgeordneten von Eynern, Severing habe nicht nach der Koalition geschrien. Die **Koalition** in Preußen werde **zusammengehalten** durch die Idee, **die Republik** gegen rechts und links zu **verteidigen** und durch **das Pflichtbewußtsein** der preußischen Koalitionsparteien. Mit unnötigen Straßendemonstrationen sollte einmal für ein paar Wochen Schluß gemacht werden. Der Redner spricht sich gegen die Rückkehr des Kaisers aus.

Abg. **Schwenk**-Oberhausen (W. P.) kritisiert die **Personal**politik des Ministers. Die jetzige Koalition verfalle in den gleichen Fehler, der früher gemacht worden sei. Nur zu oft werde der Unerfahrene dem Tüchtigen aus parteipolitischen Gründen vorgezogen. Man dürfe bei der Rückkehr des Kaisers einem Staatsbürger nicht das Recht aberkennen, das jedem anderen zustehe.

Das Haus gebt über zum 2. Abschnitt Polizei und Landjägerei. Nachdem Abg. **Marchwald** (Soz.) zahlreiche Wünsche für die Polizeibeamten vorgetragen und das Verhalten einiger Polizeioffiziere verurteilt hatte, vertagte das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 12 Uhr.

Industrie und Arbeitszeitgesetz

Berlin, 25. März. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat sich in seiner heutigen Sitzung eingehend mit den im Augenblick zur Erörterung stehenden sozialpolitischen Gesetzentwürfen, namentlich mit dem sogenannten Arbeitszeitnotgesetz und mit der Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung, sowie mit der in der letzten Zeit zu Tage getretenen, auf Lohnerhöhung hinzielenden Praxis der Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses beschäftigt. Das Präsidium war einhellig der Meinung, daß die zu erwartende Entwicklung der wirtschaftspolitischen Lage nur mit größter Sorge betrachtet werden kann. Die Verkürzung der Arbeitszeit, in Verbindung mit einer gesetzlich festgesetzten Lohnerhöhung, ohne die Sicherheit einer entsprechenden Steigerung der Leistungen, bedeutet eine Einschränkung der Produktivität der deutschen Wirtschaft, die sich naturnotwendig in einer Preiserhöhung der Produkte und letzten Endes in einer Konsumeinschränkung auswirken muß. Dadurch wird der Prozeß der Konsolidierung der deutschen Wirtschaft nicht nur gehemmt, sondern es wird darüber hinaus in zahlreichen Wirtschaftszweigen eine weitere Verschlechterung der Lage eintreten. Die in dem Antrag der Regierungsparteien zu dem Arbeitszeitnotgesetz festgelegten Bestimmungen bedeuten eine Verschärfung der Schematisierung der Entlohnung, die untragbar ist. Es wird damit bedauerlicherweise das Gegenteil von dem, was das Interesse der breiten Massen der Bevölkerung erfordert, erreicht, zu einer Besserung ihrer Lebenshaltung kann es auf diese Weise nicht kommen.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hält es für seine Pflicht, in aller Oeffentlichkeit auf diese seine Meinung nach unerfreuliche Entwicklung hinzuweisen.

Eine Erklärung der Arbeitgeberverbände

Berlin, 25. März. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nimmt zu dem von den Regierungsparteien und dem Reichskabinett gebilligten Gesetzentwurf zur Aenderung der Arbeitszeitverordnung Stellung. Sie betont u. a., daß der Gesetzentwurf nicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beitragen und darüber hinaus eine dauernde Beunruhigung des sozialen Friedens bringen werde. Der vorliegende Entwurf des Arbeitszeitgesetzes mache den Versuch, in einem Gesetz drei verschiedene Rechtsmaterien, die wiederum von den verschiedenartigsten Grundlagen ausgingen, zu vereinen, nämlich die jetzige Arbeitszeitverordnung, den Entwurf des Arbeitschutzgesetzes und des Washingtoner Arbeitszeitabkommens. Dadurch müßten zwischen den einzelnen Bestimmungen gesetzestechnische Unklarheiten entstehen, die eine Erkenntnis der Bedeutung des Gesetzes für die in der Praxis stehenden Kreise in vielen Fällen so gut wie unmöglich machen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192703262-19/fragment/page=0001

würden. Der Reichstag sei im Begriff, ein Gesetz zu schaffen, das in seiner äußeren Gesetzestechnik alle Grundsätze vermissen lasse, die zu einer reibungslosen Durchführung eines sozialen Friedens unerläßlich seien. Im Artikel 157 der Reichsverfassung erhalte der Reichstag die hohe Aufgabe, ein „einheitliches" deutsches Arbeitsrecht zu schaffen. Der Weg, den der Reichstag jetzt erneut beschreite, müsse zu dem gegenteiligen Ergebnis führen.

Die Weiterberatung des Arbeitszeitnotgesetzes

Berlin, 25. März. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird sich der Ausschuß des Reichsrates bereits am Mittwoch, dem 30. März, mit dem Arbeitszeitnotgesetz beschäftigen, so daß das Plenum des Reichsrates am Donnerstag das Gesetz wird beraten können. Es dürfte daher damit zu rechnen sein, daß das Arbeitszeitnotgesetz bis spätestens Sonnabend, 2. April, dem Reichstag zugeht.

Verkehrsfragen im Reichstag

Berlin, 25. März. Vizepräsident Graef-Thüringen eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Die zweite Lesung des Haushalts des Verkehrsministeriums wird darauf fortgesetzt.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) erklärt, es sei bezeichnend, daß man sich über alle möglichen Kanalprobleme unterhalte und alles ängstlich meide, was die Verhältnisse bei der Reichsbahn und das Reichsbahngesetz betreffe. Das Wort Nationalisierung sei ein verderbliches Schlagwort. Man habe damit die Wirtschaft so weit heruntergebracht, daß Millionen von Erwerbslosen auf der Straße liegen.

Abg. Graf-Mannheim (Soz.) lenkt die Blicke auf den Rhein, der viel von den schweren Lasten der Kriegs- und Nachkriegszeit getragen habe. Der Güterverkehr sei außerordentlich zurückgegangen. Der Rückgang beläuft sich in Duisburg-Ruhrort auf 58 Prozent, in Düsseldorf auf 40 Prozent, in Mannheim auf 26 Prozent usw. Der Hafen von Mannheim mache den Eindruck eines verkehrspolitischen Friedhofs.

Abg. Mentzel (Dntl.) verweist auf die Verkehrslage im Osten. Ostpreußen, Pommern und die Grenzmark fühlten sich bis heute in dieser Hinsicht vernachlässigt. Große vaterländische und politische Ziele müßten hier im Vordergrund stehen. Das Gewerbe dürfe nicht durch das Verkaufswesen auf den Bahnhöfen geschädigt werden.

Abg. Groß (Zentr.) bedauert die Streichung der Mittel für den Neckarkanal, während man große Summen für Kanalbauten im Norden Deutschlands bewilligt. Im Interesse der Gerechtigkeit müsse hier ein Ausgleich geschaffen werden. Eine Einstellung dieser Arbeiten sei unmöglich. Der Bau des Mittellandkanals würde eine schwere Gefahr bedeuten, wenn die Verkehrsverhältnisse in Schlesien nicht verbessert werden. Vom nationalen Standpunkt aus müsse für die Luftfahrt mehr getan werden als bisher.

Abg. Schubt-Steglitz (Dem.) bekämpft die Absicht der Reichsbahn, die bestehenden Fahrpreisermäßigungen besonders für Jugendfahrten wieder aufzuheben und empfiehlt Wiedereinführung der Kilometersätze. Der Redner fordert Frachtermäßigungen für Umzüge von Siedlern, Einstellung des Beamtenabbaues, Verkürzung der übermäßigen Dienstzeit, Einschränkung von Sonntags- und Nachtdienst, Verbesserung des Signalwesens, Vertretung des Personals im Verwaltungsrat.

Reichsverkehrsminister Koch

erklärt, daß auch ihn das Verhältnis zur Reichsbahn noch nicht befriedige. Es müsse der Vergangenheit noch mehr angeglichen werden. (Zustimmung.) Manche Wünsche können wegen der Reparationslasten nicht bewilligt werden. Das Ziel der Reichsbahn, aus Personal und Anlagen möglichst viel herauszuholen, um die Dawes-Lasten zu erfüllen, hat zur Ausnützung des Bahngeländes durch gewerbliche Anlagen und Verkaufsstände geführt. Der Minister erklärt sich bereit, für die Wünsche des Personals im Verwaltungsrat vertreten zu sein, einzutreten. Ebenso für die Berücksichtigung kleinerer Firmen und Handwerker bei Vergebung von Aufträgen. Die Ausnahmetarife für die Jugend werden nicht aufgehoben. (Beifall.) Lohn- und Gehaltserhöhungen sind notwendig, aber die Reichsbahn hat keine Reserven um sie zu decken. Der Minister erklärt, er werde die Wünsche des Reichstages mit Energie vertreten, wo es notwendig und möglich sei. (Beifall.)

Abg. Schmidt-Hannover (Dntl.) behandelt Fragen des Luftverkehrs. Auf gegnerischer Seite sollte man doch etwas großzügiger sein gegenüber Deutschland. Rund um Deutschland gebe es 600 Fliegerstaffeln und etwa 8000 Kriegsflugzeuge. Damit sollte sich der Völkerbund einmal beschäftigen. Der Luftfahrtgedanke müsse im deutschen Volke noch viel mehr Geltung gewinnen. „Luftfahrt tut not."

Abg. Körner (Dntl.) ersucht um Förderung des Luftschiffbaues in Friedrichshafen. Schädigungen der Landwirtschaft durch Kanäle müßten vermieden werden.

Abg. Dr. Hummel (Dem.) beantragt, die vom Ausschuß gestrichenen Mittel für den Mittellandkanal in voller Höhe wieder in den Etat einzustellen.

Einstimmig angenommen wird ein Antrag, der für Vorarbeiten zum Bau von Rheinbrücken in Ludwigshafen, Speyer, und Maxau 50 000 Mark neu in den Etat einstellt. Angenommen wird ein Antrag, der für die Umkanalisierung des Unter-Mains statt vier Millionen nur drei Millionen bewilligt. Im übrigen wird der Etat nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Damit ist die zweite Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums erledigt.

Das Haus wendet sich der zweiten Beratung des Haushalts des Reichstages zu. Die Mittel für einen Erweiterungsbau des Reichstags sollen in den nächsten Etat eingesetzt werden.

Der Etat des Reichstags wird genehmigt.

Das Haus vertagt sich. Sonnabend 1 Uhr: Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

Pessimismus des Reichsfinanzministers

Der Reichsfinanzminister vor dem Haushaltsausschuß

Berlin, 25. März. Vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Etats beim Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung fort. Reichsfinanzminister Dr. Koehler leitete die Beratung mit einer Rede ein. Er wies zunächst darauf hin, daß er es glaube verantworten zu können, die Einnahmen um 270 Millionen, also auf 3 Milliarden 20 Millionen Mark zu erhöhen, infolge des zu erwartenden höheren Ertrages der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Die Hauptausgaben, die den Etat belasten werden, seien die Ausgaben für die Erwerbslosen- und Kriegsfürsorge. Trete bis 1. Oktober das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz nicht in Wirksamkeit, so sei es unerfindlich, wie die Reichskasse die weitere Belastung tragen solle. Allein die weitere Tragung der Kosten durch das Reich bis zum 1. Oktober bedeute eine Belastung von einer Viertel Milliarde. Hinzukommen die Erhöhung des Wohnungsgeldes für die Beamten, die Erhöhung der Leistungen der Invalidenversicherung, die Kleinrentner-Unterstützung, der Fond für den Abschluß der Unterstützungen aus Anlaß des Ruhreinfalles, der Grenzfond, zusammen ein Betrag von 478 Millionen Mark, ohne daß unmittelbar Deckung dafür vorhanden wäre. Eine Erhöhung der Steuern könne unter keinen Umständen in Betracht kommen. Eine Höherschätzung der Einnahmen über das bereits Zugestandene hinaus, sei nicht zu verantworten. Daher bleibe nichts übrig als eine Drosselung der Ausgaben.

Durch Abstriche sollen etwa 60 Millionen eingespart

werden. Weiter soll der voraussichtliche Ueberschuß des Jahres 1926 in Höhe von 200 Millionen Mark mitverwendet werden. Schließlich erklärte sich der Minister bereit, auch die letzte Reserve, den Betriebsmittelfonds in Höhe von 190 Millionen Mark, heranzuziehen. Der Betriebsmittelfonds für 1927 werde mit fremdem Gelde geschaffen werden müssen. Der Minister betont, daß mit seinem jetzigen Vorschlage

alle Ueberschüsse des Haushaltes aufgebraucht

und die Reserven bis zur äußersten Grenze eingestellt seien. Auch **von stillen Reserven könne keine Rede mehr sein.** Der Minister führte im einzelnen an, welche Ueberschüsse und Reserven im Jahre 1926 mitverbraucht worden seien. Als letztes blieben nur noch die im Besitz der Reichsbahn befindlichen Vorzugsaktien der Reichsbahn, die aber nicht erworben worden seien, um sie zu mobilisieren. Er hoffe, daß die Diskussion der letzten Wochen über Reserven und Ueberschüsse damit erledigt sei. Unsere ganze Volkswirtschaft, so erklärte der Minister mit besonderer Betonung, bedürfe der äußersten Aufmerksamkeit und vorsichtigsten Gebarung, zumal einige große Posten bisher gar nicht berücksichtigt worden seien, so die unbedingt notwendige Verbesserung der Bezüge der Beamten und der Kriegsbeschädigten. Die Regierung sei entschlossen, diese Fragen noch im Jahre 1927 zur Entscheidung zu bringen. Den Aufwand des außerordentlichen Etats sei er entschlossen, durch Anleihen zu decken. Es stehe noch ein Restbetrag von 400 Millionen aus 1926 und ein Bedarf für 1927 von 500 Millionen, so daß etwa 1 Milliarde durch Anleihen zu decken sei. Unter diesen Umständen müßten auch

außerordentliche Etatsverkürzungen vorgenommen

werden, zumal eine neue Reichsanleihe in nächster Zeit überhaupt nicht in Frage kommen könne. Nach vertraulichen Ausführungen über die Anleihefrage wies der Minister noch darauf hin, daß die Kassenbestände wesentlich geringer als im Vorjahre sind. Er werde fortgesetzt die Gesamtsituation aufmerksam prüfen.

Da die umfangreichen Anträge der Regierungsparteien noch nicht gedruckt vorlagen, wurde die Beratung bis Montag unterbrochen.

★

Was der Reichsfinanzminister heute vor dem Hauptausschuß des Reichstages erklärte, muß recht bedenklich stimmen. Seine Ausführungen bestätigten nochmals, daß die Finanzlage des Reiches äußerst schwierig ist und daß die sogenannte Balancierung des Etats in Wirklichkeit keine ist und zum großen Teil nur auf dem Papier steht. Für die im Laufe des Etatjahres mit Notwendigkeit eintretenden starken Ausgabeerhöhungen sind keinerlei Mittel vorhanden. Die Reserven sind völlig aufgebraucht und sogar der Betriebsmittelfonds ist um 200 Millionen verringert worden. An die Aufnahme neuer Anleihen ist, wie der Finanzminister ausdrücklich feststellte, in nächster Zeit überhaupt nicht zu denken. Bedenklich muß ferner stimmen, wenn der Minister zugibt, daß die Steuererträge schon an sich sehr hoch in den Etateingesetzt sind, so daß höhere Erträge nicht mehr erwartet werden können, unter Umständen sogar Mindereinnahmen zu befürchten sind. Wenn mit teilweise recht anfechtbaren Mitteln versucht worden ist, den Etat wenigstens scheinbar zu balancieren, so besteht doch die Gefahr, daß sich schon in den nächsten Monaten neue Schwierigkeiten zeigen, besonders wenn neue Schwierigkeiten im deutschen Wirtschaftsleben eintreten. Die verhältnismäßig geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen ist noch lange kein Zeichen dafür, daß ein anhaltender Erholungsprozeß in unserem Wirtschaftsleben eingetreten ist. Im Gegenteil haben sich gerade in den letzten Wochen wieder gewichtige Stimmen erhoben, die eher pessimistisch als optimistisch in die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sehen. Die letzten Vorgänge auf dem Geldmarkt geben gewiß auch zu manchen Bedenken Anlaß.

Besonders bemerkenswert ist an den heutigen Ausführungen des Reichsfinanzministers, daß er ein für allemal **mit dem Märchen von den großen, unbekannten Reserven aufgeräumt** hat. Die Oppositionsparteien behaupteten in letzter Zeit immer wieder, daß der Reichsfinanzminister noch über große Gelder verfüge, die in allen möglichen öffentlichen und privaten Unternehmungen angelegt seien. Man glaubte, von riesenhaften Beteiligungen des Reiches zu wissen und forderte den Minister auf, diese stillen Reserven zur Etatbalancierung heranzuziehen. Dr. Köhler stellte demgegenüber ausdrücklich fest, daß die Ueberschüsse aus dem Jahre 1924 und 1925 und auch ein Teil der sonstigen Reserven bereits im Jahre 1926 verwirtschaftet worden sind.

Kanton lehnt das Ultimatum ab

Berlin, 25. März. Wie der „Tag" meldet, ist das Ultimatum der Engländer und Amerikaner von der kantonesischen Truppenführung abgelehnt worden.

Sechs amerikanische Kriegsschiffe nach China unterwegs

Berlin, 25. März. Wie die Abendblätter aus Newyork melden, wurde nach einer Konferenz im Weißen Hause zwischen Coolidge, Kellogg und Wilbur bekanntgegeben, daß die Regierung drei weitere Kreuzer und drei weitere Torpedoboote nach China in Marsch gesetzt hat.

Und im Unglück nun erst recht!

36) **Ein deutscher Roman von Hermann Richter.**

Ein kleiner beweglicher Herr, bartlos, Hornbrille, tiefe Furchen auf der Stirn, erhob sich.

Der Richter blickte auf.

„Bitte, Herr Justizrat Friedrich?"

„Herr Amtsgerichtsrat, ich komme für die Eigentümer. Darf ich Ihnen meine Vollmacht zu den Akten überreichen?"

„Bitte. Erscheint keiner Ihrer Auftraggeber persönlich?"

„Sie werden verstehen, Herr Amtsgerichtsrat — —" sagte der Justizrat zögernd.

Der Amtsgerichtsrat nickte.

Ludwig von Sodern, der in vorderster Reihe saß, wandte sich nach dem Justizrat um und grüßte ihn verbindlich.

Der Amtsgerichtsrat gab dann die Belastungen des Grundstücks, die das Verfahren betreibenden Gläubiger, deren Ansprüche, die Zeit der Beschlagnahme und die erfolgten Anmeldungen bekannt und fuhr fort:

„Ich komme nunmehr zu dem geringsten Gebot. Bar zu zahlen sind die Kosten des Verfahrens, die der Herr Justizinspektor mit ungefähr fünftausend Mark überschlägig veranschlagt hat."

Ludwig zuckte zusammen. Fünftausend Mark! An diese Summe hatte er überhaupt nicht gedacht, als er sich das Darlehn von Heinrichs verschaffte.

„Ferner sind an sich nach dem Gesetz bar zu berichtigen die Gehalts- und Lohnbezüge der Wirtschafts- und Forstbeamten und des Gesindes seit 1. Oktober sowie Rückstände aus dem letzten Jahre."

Justizrat Friedrich wollte sich das Wort erbitten. Doch der Amtsgerichtsrat winkte ab und zeigte auf eine bei den Akten befindliche Urkunde.

„Ich habe den Nachweis hier, Herr Justizrat, daß derartige Forderungen nicht bestehen.

Das gleiche gilt von den Steuern. Ich habe gestern vom Finanzamt die Nachricht erhalten, daß die laufenden und rückständigen Beträge gedeckt sind.

Die Zinsen der ersten Hypothek von zweihunderttausend Mark — Landschaftshypothek — sind nach Mitteilung der Landschaft, soweit sie bereits fällig sind, gleichfalls gedeckt —"

Ludwig von Sodern staunte. Welche Mühen und Entbehrungen mußte es die helle Frau gekostet haben, all diese Summen noch vor dem Versteigerungstermin zusammenzubringen!

„Dann käme die Forderung der betreibenden Gläubiger, der Firma Michel & Co."

„Hier!" rief Wilhelm Michel.

„Ich habe Sie nicht aufgerufen, mein Herr, sondern nur referiert. Die Forderung dieser Firma beläuft sich einschließlich Zinsen und Kosten auf fünfundfünfzigtausend Mark."

Wieder zuckte Ludwig zusammen. Er hatte nur mit zweiundfünfzigtausend Mark gerechnet.

„Die Landschaftshypothek ist kraft Gesetzes zu übernehmen, braucht also nicht bar ausgezahlt zu werden. Jeder Bietende muß aber, um sich seine finanzielle Belastung klar zu machen, zu jedem Gebot zweihunderttausend Mark hinzuzählen. Da hier nur die Kosten des Verfahrens bar zu zahlen sind, beträgt das geringste Gebot fünftausend Mark. Das sind in Wirklichkeit zweihundertundfünftausend Mark.

Bin ich richtig verstanden worden? Wünscht einer der Anwesenden sonst das Wort zu den Versteigerungsbedingungen?"

Atemlose Stille lag im Raum. Selbst das Prasseln der Holzscheite war verstummt.

„Wenn niemand das Wort wünscht, habe ich pflichtgemäß darauf hinzuweisen, daß weitere Anmeldungen von Ansprüchen ausgeschlossen sind, sobald das erste Gebot abgegeben wird."

Der Richter hielt wieder einige Sekunden inne.

Da sich auch hierzu niemand das Wort erbat, sagte er: „Ich fordere nunmehr zur Abgabe von Geboten auf."

Da öffnete sich die Tür, und herein traten zwei Herren, ein hochgewachsener älterer Herr mit scharfen Gesichtszügen und meliertem Spitzbart, gefolgt von einem etwas kleineren Herrn mit einem scharfen Kneifer auf der auffallend großen geraden Nase.

„Sechstausend Mark —." Der eine Inhaber der Firma Michel hatte das Gebot abgegeben.

Der Justizinspektor schrieb das Gebot auf die große Tafel im Rücken des Versteigerungsrichters.

„Siebentausend Mark."

„Wer sind Sie?" fragte der Richter.

Ludwig erhob sich.

„Ludwig von Sodern. Hier ist mein Paß."

Der Herr im melierten Spitzbart wandte sich unauffällig nach links und sah den Bietenden, der seitlich vor ihm stand, forschend an.

Der Versteigerungsrichter reichte den Paß zurück und bemerkte:

„Siebentausend Mark. Herr Ministerialrat Ludwig von Sodern aus Berlin."

„Achttausend Mark" — die Firma Michel.

„Zehntausend Mark" — ein bekannter Gütermakler.

Der Versteigerungsrichter schien ihn zu kennen.

„Handeln Sie im eigenen Namen oder in Vollmacht eines Dritten?"

„Ich komme heute für mich selbst, Herr Amtsgerichtsrat!" krähte der Makler.

„Zwölftausend Mark" — Ludwig von Sodern.

So trieben sich die drei hoch, bis die Summe von sechzigtausend Mark erreicht war. Bei den letzten Geboten hatte Ludwig nicht mehr mitgeboten. Nachdem dreiundfünfzigtausend Mark, die Summe, die er zur Verfügung hatte, überboten war, hatte er stillgeschwiegen.

Nach Überschreiten dieser dreiundfünfzigtausend Mark boten nur noch der Makler und Michel.

Nach dem Gebot von sechzigtausend Mark war minutenlange Stille.

Da erhob sich plötzlich von den zuletzt gekommenen Herren der kleinere der beiden.

„Einundsechzigtausend Mark."

Alle Anwesenden starrten auf den Sprecher. Niemand kannte ihn, noch seinen Begleiter.

„Darf ich um Ihren Namen bitten?" sagte der Richter.

„Rechtsanwalt Vollbrecht aus Dresden."

„Ist das Gebot im eigenen Namen abgegeben, Herr Rechtsanwalt?"

„Nein! Hier ist meine Vollmacht. Ich biete für Herrn Friedrich von Sodern."

„Für seine Exzellenz?" fragte der Richter erstaunt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192703262-19/fragment/page=0002

Im Dienste der Wahrheit

Ein großes Werk ist soeben zum Abschluß gekommen: die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes, die unter dem Titel „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914" in 54 Bänden sämtliche Dokumente der Außenpolitik des Deutschen Reiches, auch die geheimsten, der Welt übergibt. Hinter dem Werk, das durch die hingebende und aufopfernde Arbeit der Herausgeber Thimme und Albert Mendelssohn Bartholdy und des während der Arbeit verstorbenen Johannes Lepsius geschaffen wurde, steht das ganze deutsche Volk. Aus dem Drang nach Klarheit und Wahrheit, in der ungeheueren Verwirrung des Zusammenbruches, stieg der Wille auf, die Ursachen des überwältigenden Unglückes zu ergründen. Als dann in Versailles die furchtbare Anklage erhoben wurde, die die Anschuldigung der Herrschsucht, des Strebens nach Weltherrschaft und der bewußten, verbrecherischen Entfesselung des Weltkrieges gegen die ganze Politik Deutschlands beinhaltete und die Last und Buße auf das ganze deutsche Volk wälzte, bekam der Drang nach Erforschung des Geschehenen den Sinn der Abwehr, der Zurückweisung falscher Anschuldigungen. Dieser doppelte Sinn, der der Gewissenserforschung, der Rechenschaft vor sich selbst und der Verteidigung, der Widerlegung des einseitigen Schuldspruchs findet seine Synthese in dem Leitspruch des Werkes „Im Dienste der Wahrheit". Zur unmittelbaren Widerlegung der Anklage wurden schon 1919 die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" herausgegeben. Am 7. Juli 1919 wurde in Weimar die Ausdehnung der Veröffentlichung auf die Vorgeschichte des Krieges beschlossen. Der Arbeitsplan wurde von Professor Mendelssohn Bartholdy, dem Mitherausgeber des deutschen Weißbuches über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, ausgearbeitet. Am 28. Februar 1920 trat das Auswärtige Amt an die gewählten drei Herausgeber heran mit kurzen Richtlinien für die Arbeit, die dann sofort in den nächsten Tagen aufgenommen wurde. Der ursprüngliche Plan bestand in der Herausgabe von drei starken Bänden. Unter der Hand schwoll aber der Stoff derartig an, daß schließlich mit den Ergänzungsbänden die Zahl von 54 herausgekommen ist. Es mußte der Anschein vermieden werden, als ob durch eine tendenziöse Auswahl das Urteil beeinflußt werden sollte, und so blieb nichts andres übrig, als die mögliche Vollständigkeit zu erstreben und nur ganz Nebensächliches auszulassen. Der Ausgangspunkt wurde bis 1871 zurückverlegt, da die gegnerische Anklage den Vorwurf des anmaßenden Strebens nach Weltherrschaft schon von diesem Zeitpunkt herleitet. Es mußte ferner das Entstehen der bündnispolitischen, die letzten Endes für die Mächtekonstellation des Krieges entscheidend wurden, dargelegt werden. Betreffs der Anordnung stellte sich die Notwendigkeit der sachlichen Gruppierung, nicht der chronologischen Folge heraus, da sonst das Werk, das auch dem Leser erhebliche Schwierigkeiten macht, völlig unübersichtlich geworden wäre. 1922 erschienen die ersten Bände, Anfang dieses Jahres, 1927, die letzten. Eine erstaunlich kurze Zeit im Vergleich zu der Langsamkeit, mit der sonst derartige Veröffentlichungen vorzugsweise pflegen. Dem ganzen Werk ist trotzdem ein durchaus einheitlicher Charakter zu eigen. Freilich erschwert der ungeheure Umfang die Benutzung durch weitere Kreise. Eine kleinere Volksausgabe wird vorbereitet, die auch einen verbindenden und erläuternden Text bringen wird, welcher in der großen Ausgabe absichtlich fehlt. Die Vollständigkeit der Veröffentlichung muß den moralischen Eindruck in der Welt steigern und jeden Verdacht der Färbung der Ereignisse durch Verdunkelung der Wahrheit ausschließen. Die öffentliche deutsche Meinung ist nach anfänglichen Zweifeln immer mehr zu Anerkennungen durchgedrungen. Weder zur Bloßstellung der früheren Regierungen, noch zu ihrer Weißwaschung ist die Veröffentlichung erfolgt. Ueber diesem Parteistreit stand der ernste Zweck, der der Wahrheit, um durch sie die auf das ganze Deutschland ausgedehnte Anklage zu widerlegen. So steht die Publikation als ein den deutschen Zwiespalt überbrückendes Werk da.

Die deutschen Staatsmänner der Vorkriegszeit, wie Fürst Bülow, Freiherr v. Schoen, Graf Brockdorff-Rantzau, Graf Bernstorff, G. v. Jagow, haben sich über die Wirkung der Aktenpublikation dahin ausgesprochen, daß nunmehr auch die anderen beteiligten Regierungen „in dem gleichen Umfang, mit der gleichen Redlichkeit und Wiederkeit" ihre Archive öffnen sollten, daß nicht Jahrzehnte darüber vergehen dürften, bis die Lügengewebe endgültig zerrissen sind, daß die Veröffentlichung aber auch durch die Beseitigung der Kriegsschuldfrage der Befriedung Europas diene. „Der Schuldspruch von Versailles wird der Nachweit als eine historische und ethische Ungeheuerlichkeit erscheinen."

Ein Historiker wie Hermann Oncken ist in seinem Werk „Die Rheinlandpolitik Kaiser Napoleons von 1863—1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71" noch weiter zurückgegangen in die „weltgeschichtliche Keimzelle des Kriegsschuldproblems". Der Anprall der historischen Rheinpolitik auf die Selbstbestimmung der deutschen Nation, der die tieferen Wurzeln des Krieges von 1870/71 bildete, erweist es, daß auch auf die Entstehungsgeschichte des Deutschen Reiches nicht das Odium gewaltätigen Auftretens fällt. Die deutsche nationale Einigung hätte sich auch ohne kriegerische Verwicklung vollziehen können, und die Verantwortlichkeiten für den Krieg 1870 sind in dem gleichen Lager wie die von 1914 zu suchen.

Eine immer wachsende Zahl ausländischer Gelehrter verschließt sich nicht mehr den überwältigenden Ergebnissen der deutschen Veröffentlichung. Ein Dematerial, dessen Bücher über die Mobilmachung der Gewissen und das Evangelium des Quai d'Orsay ihm in Deutschland einen Namen verschafft haben, beugt sich vor dem Geist der Wissenschaft, die der Aktenpublikation die Anerkennung über die Grenzen hinweg sichert. Aus Amerika, Italien, England sind Aeußerungen voll Bewunderung gekommen. So zeigt sich deutlich der Durchbruch der Wahrheit an. Viel ist freilich noch zu tun, und am wenigsten darf das deutsche Volk sich in dem Glauben wiegen, es sei nun alles geschehen. Es beginnt jetzt erst die Aufgabe der Auswertung, der Durchdringung aller Volksschichten mit den gewonnenen Ergebnissen.

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, die in der Kriegsschuldfrage führende Organisationen, hat sich diese Aufgabe gestellt. Obige Ausführungen fußen auf einer Schrift, die er anläßlich der Vollendung der Aktenpublikation unter dem Titel „Im Dienste der Wahrheit" herausgegeben hat. In den von dem Präsidenten des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, Gouverneur z. D. Dr. Schnee, und dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied Hans Draeger gezeichneten Vorwort wird hervorgehoben, daß sich die Bestimmung der Aktenpublikation vom Anfang bis zum Ende nicht geändert hat. Die Aeußerungen der Reichsregierung und der Vertreter des Auswärtigen Amtes, die Stimmen in- und ausländischer Gelehrter und Staatsmänner vereinigen sich zu dem vielstimmigen und doch harmonischen Akkord: Im Dienste der Wahrheit.

Aus Mitteldeutschland

Tagung der Waldbesitzer

+ **Klötze**, 24. März. Der Waldbesitzer-Verband der Provinz Sachsen hält seine diesjährige Tagung Anfang Juni in Klötze ab. Die Tagung ist mit Besichtigungsfahrten in die Vereinswaldungen verbunden.

Groppendorf, 23. März. (Die Kuh im Brunnen.) Der Landwirt Pr. hatte am Sonntag, da er Arbeiten im Kuhstall erledigen wollte, die Kühe auf den Hof getrieben. Hierbei geriet eine derselben auf den mit Brettern gedeckten Brunnen und brach ein. Sie konnte mittels Flaschenzuges und großer Mühe aus ihrer Lage befreit werden, ohne Schaden genommen zu haben.

Wahrburg, 23. März. (Ein Darlehnsschwindler festgenommen.) Dem Oberlandjäger G. ist es gelungen, den gesuchten Darlehnsschwindler W. Voß, welcher vorübergehend in Wahrburg wohnhaft war, zu überführen und festzunehmen. V. hat sich in der Arendsee, Wittenberger, Salzwedeler und Lüchower Zeitung als Vermittler von Geldern ausgegeben. Nachdem er sich eine Anzahlung in Höhe von 10—20 RM. für seine Bemühungen im Voraus zahlen ließ, verschwand er ohne wieder etwas von sich hören zu lassen. V. wird außerdem der Urkundenfälschung beschuldigt.

Kreienfen, 23. März. (Postsäckediebstahl.) In der Nacht zum Sonnabend wurden aus dem Packraum des hiesigen Postamtes zwei Wertbeutel gestohlen und etwa 30 Meter davon entfernt beim Aschenwagen der Eisenbahn auf der Holzladerampe geöffnet und beraubt. Aus beiden Säcken ist nur ein Teil des Inhaltes herausgenommen; man hat sie an dieser Stelle noch vorgefunden. Welche Werte aus den Postsäcken gestohlen sind, ist noch nicht ermittelt worden.

Eisenach, 23. März. (Vom Auto überfahren.) Ein 18jähriges Mädchen aus Wutha, das sich auf dem Rade auf dem Wege nach Kölbersfeld befand, wurde in der Nähe von Schönau von einem Personenauto von hinten angefahren und unter die Räder geschleudert. Der Wagen sauste gegen einen Baum, riß diesen um und stürzte in den Chausseegraben, wobei die Insassen herausgeschleudert wurden. Das Mädchen, dessen Haare sich um die Wagenachse gewickelt hatten, wurde in schwer verletztem Zustand vom Platze getragen. Auch die Autoinsassen trugen teilweise bedenkliche Wunden davon.

Schkortleben, 3. März. (Besitzwechsel.) Das bisher der Familie Scharf v. Gauersteedt gehörende, ca. 500 Morgen große Rittergut Schkortleben, wurde von dem Landwirt Otto Langrock aus Groß-Corbetha käuflich erworben. Da der bisherige Besitzer des Gutes dasselbe noch bewohnt, erfolgt die Bewirtschaftung vorläufig noch von Groß-Corbetha aus.

Halle und Umgebung

Halle, 26. März.

Abschlußprüfungen in der Frauenschule

In der mit dem städtischen Lyzeum II verbundenen Frauenschule haben in der Zeit vom 22. bis 25. März unter dem Vorsitz des Oberschulrats Grimme die staatlichen Abschlußprüfungen der sozialpädagogischen Lehrgänge stattgefunden. Alle Schülerinnen bestanden die Prüfung; es erhielten

das Jugendleiterinnenzeugnis:

Esther Bendixen, Lucie Bosselmann, Gertrud Eppendorf, Hilde Fingberg, Else Frank, Elise Goerne, Elisabeth Heister, Else Köntopp, Violetta Pederzani, Irmgard Schroers, Hildegard Schulze, Elisabeth Sieftes, Martha Stier;

das Hortnerinnenzeugnis:

Käthe Barber, Käthe Blau, Irmgard Burmeister, Margot Busch, Hedwig Haase, Ursula Hamann, Marianne Hasenclever, Gertraude Heinrich, Ilse Lamouté, Ellen Richter, Annemarie Rosenbaum, Ruth Schrecker, Marianne Volhard;

das Kindergärtnerinnenzeugnis:

Eva Berger, Gerta Berthold, Anna-Elisabeth Dietel, Elisabeth Dorn, Hedwig Fielitz, Lili v. Gierke, Lieselotte Haase, Charlotte Imlau, Anna Elise Laße, Käthe Menold, Edith Müller, Elisabeth Oberhof, Käthe Rothhamm, Johanna Sprenger.

Im Anschluß an die Prüfungen findet in der Frauenschule, Burgstraße 45, eine Ausstellung statt, die die Prüfungs- und Jahresarbeiten der sozialpädagogischen Lehrgänge und die der allgemeinen Frauenschule umfaßt. Die Ausstellung ist geöffnet am Sonnabend, dem 26. März, von 8 bis 6 Uhr und am Sonntag, dem 27. März, von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr.

Schafft Jugendherbergen!

„Nun wand're ich in die Welt hinein, so leicht, als hätt' ich Flügel." Bald werden unsere Jungen und Mädchen dem Dichter folgen und, den Rucksack auf dem Rücken, froh und frei, mit lachenden Augen in den Frühling hineinmarschieren. Und keiner braucht zurückzustehen. Einmal im Jahr kann heute jeder junge Mensch auf große Fahrt gehen, auch mit dem schmalsten Geldbeutel. Er ißt aus dem Rucksack und schläft in der Jugendherberge. Nicht einmal der Reichsbahn braucht er zu opfern. Fast überall findet er am Ende einer Tagesfahrt eine Jugendherberge, die auf ihn wartet, wo er nicht bloß geduldet beiseite sitzen muß, sondern wo er Heimrecht wie zu Hause hat.

Mächtig ist das Jugendherbergswerk gewachsen. Gleich einem Pilzgeflecht durchdringt es die deutschen Lande und ist nicht mehr aus ihnen wegzudenken. Jetzt tritt es in ein neues Entwicklungsstadium ein. Neben den Herbergen in Schulen und Privathäusern, die nur der einmaligen Uebernachtung dienen, entstehen stattliche Eigenheime in den schönsten Wandergegenden, in denen das junge Volk seinen Urlaub verleben kann, mit der gleichen geringen Aufenthaltsgebühr und der Möglichkeit, am gemeinsamen Herd sich selbst zu versorgen. Die Sommerfrische, die Schibleibe für alle entsteht. So weitet sich das Jugendhandwerk zu einer sozialen Tat größten Maßstabes, zu einem unentbehrlichen Glied im Aufbau unseres Schulwesens und zu einem politischen Erziehungsmittel, durch das das deutsche Volk auf das innigste mit seinem Lande verwachsen und verwurzeln wird.

Dem weiteren Ausbau dieses Werkes in unserem Wandergebiet dient die zweite große Warenlotterie des Gaues Mittelelbe im Verband für deutsche Jugendherbergen. Wie bei der ersten vor zwei Jahren stehen ganze Wohnungseinrichtungen, Motor- und Fahrräder, Klaviere usw. auf der Gewinnliste. Wieder gewinnt jedes zweite Los, entweder jede gerade oder jede ungerade Nummer. Das Los kostet nur 0,50 M. Plakate in den Schaufenstern derjenigen Geschäfte, die hochherzigerweise den Losverkauf übernommen haben, zeigen die Verkaufsstellen an. Bei der letzten Lotterie kamen 3 Hauptgewinne nach Halle. Mögen wieder recht viele ihr Glück versuchen, sich selbst und unserer Jugend zum Gewinn.

Halle—Helgoland

Eine dreitägige Sonderfahrt.

Mitte Juni 1927 soll eine dreitägige Vergnügungsfahrt von Halle nach Hamburg—Helgoland und zurück zu ermäßigten Preisen stattfinden. Vorgesehen ist ein umfangreiches Programm, u. a. in Hamburg Stadtrundfahrt und Hafenrundfahrt, Besichtigung des Hagenbeckschen Tierparkes in Stellingen, eines Ueberseedampfers und des Elbtunnels. Für billige Preise bei allen Veranstaltungen ist gesorgt.

Näheres bringen die demnächst erscheinenden Prospekte, Führer und Aushänge sowie die Bekanntmachungen in den Zeitungen. Auskunft erteilt schon jetzt das Eisenbahn-Verkehrsamt, Halle, Delitzscher Straße 92 (Fernsprecher 27 071, Nebenanschluß 886).

Halle, 26. März.

Um den Roten Turm

Wo alle Beethovens gedenken, soll die Haendelstadt Halle schweigen? Nein, auch sie gedenkt des großen Meisters der Töne in tiefster Dankbarkeit und höchster Verehrung. Und zwar nicht nur im Konzert- und Vortragssaal, in Schule und Haus — nein, um den Roten Turm, zwischen Haendel und Roland, also inmitten der Stadt, ließ sich heute eine völlig unbekannte Radiowelle, die von sämtlichen Halleschen Rundfunkapparaten aufgenommen wurde, also vernehmen:

Das Urteil über den Wert der anderen Künste hat wohl geschwankt in der Menschheitsgeschichte. Ueber die Musik ist sich die Menschheit, einmal zur Bewunderung der Künste überhaupt erwacht, eigentlich immer einig gewesen. Man kann also Letztes und Wesentlichstes über sie noch heute nicht Anderes, nichts Besseres sagen, als was der alte Aristoteles schon seine Schüler gelehrt hat: daß es nichts gibt, worin sich Zorn und Sanftmut, Tapferkeit und Mäßigung und alle anderen moralischen Eigenschaften samt ihren Gegensätzen so deutlich ausdrücken, so ähnlich abbilden wie in der Musik. Die Erfahrung beweist das. Die ganze Stimmung des Gemütes ändert sich, wenn man verschiedenen Arten der Musik lauscht. Und immer wieder klingt uns als weiseste Wertung das Wort ins Ohr, das Shakespeare den Lorenzo in Venedig sprechen läßt: „Der Mann, der nicht Musik hat in sich selbst — Den nicht die Eintracht süßer Töne rührt, — Taugt zum Verrat, zu Räuberei und Tücken, — Trau' keinem solchen!" . . .

Heute, da sich zum hundertsten Male der Tag jährt, an dem einer der größten Meister der Musik seine Augen unter der gewaltigen Stirn für immer schloß, soll das deutsche Volk, dankbar für solchen Sohn und seine Werke, die Gedanken verweilen lassen bei dem, was uns seine hohe Kunst gab an innerem Reichtum. An einem Schatz, den uns kein Feind nehmen konnte; an hoher Achtung unter den Völkern, die uns kein Sieger absprach. Allen gehört, als eine Erscheinungsform der Schönheit, die Musik. Aber daß diese Musik deutschen Ursprungs war, soll und darf unser Stolz nicht vergessen! —

Der Sprachen viele, so die Welt verwirren,
Hat Menschenwitz in Tagesfron erdacht;
Und wo der Worte spitze Pfeile schwirren,
Tobt unentschieden die Gedankenschlacht.
Ach, selbst die Weisesten der Weisen irren,
Wo nur in Worten ihre Tat vollbracht.
Die tiefste Sehnsucht dauernd zu beglücken,
Schlägt nie ein Wort zur andern Welt die Brücken.
Der Siegessturm entfesselter Gewalten,
Des Menschenherzens echte Himmelsfahrt
Ist nur der Macht der Töne vorbehalten,
Die tief Geheimstes herrlich offenbart;
Die sich erhebt ob allen Erdendingen,
Die über Zeit und Raum die Seelen führt,
Und an das Unbegreifliche mit Schwingen
Der reinsten Träume ohne Zagen rührt.
Der heiße Atem kaum erkannter Triebe,
Des Mitleids holde Sorge um die Welt,
Das Frühlingsopfer zarter Menschenliebe
Und was in Stolz die Brust des Helden schwellt,
Das Köstlichste, das Demut sich errungen,
Und in die Ewigkeit der stille Blick,
Von keines Denkers heißen Müh'n bezwungen,
Wird's, ein Geschenk der Sphären, zur Musik.
Du Großer, uns vor hundert Jahr'n Geraubter,
Den nie der Kleinkram unsres Tags betört,
Du für die Welt der Wirrungen Erlaubter,
Der den Gesang der Himmel hat gehört,
Führ' uns als Meister hoch auf Wolkenbahnen,
Die du, wie keiner, schwindelfrei durchschweift,
Und bleib' uns Lehrer in dem heil'gen Ahnen
Der Offenbarung, die nur du begreift!

Wie nahe sich in höchster Musik die Kunst und die Religion berühren, das hat schon der heilige Augustinus in dem zunächst befremdlichen Wort bekannt: die Unkenntnis der Musik hindere das letzte Verständnis der heiligen Schrift. Vielleicht gibt uns den Schlüssel dazu die feine Deutung, die Schopenhauer, den er eilich vom schlichten Glauben des Augustinus eine Welt trennte, in seiner „Metaphysik der Musik" einer Beethovenschen Symphonie gegeben hat. Sie zeigt nach seiner Einsicht die größte Verwirrung, welcher doch die vollkommenste Ordnung zugrunde liegt, den heftigsten Kampf, der sich im nächsten Augenblick zur schönsten Eintracht gestaltet, „und somit ein treues und vollkommenes Abbild des Wesens der Welt, welche dahin rollt, im unübersehbaren Gewirr gestaltloser Gestalten und durch stete Zerstörung sich selbst erhält. Zugleich nun aber sprechen aus dieser Symphonie alle menschlichen Leidenschaften und Affekte: die Freude, die Trauer, die Liebe, der Haß, der Schrecken, die Hoffnung in zahllosen Nuancen, jedoch alle gemeinsam nur in abstracto und ohne alle Besonderung: es ist ihre bloße Form, ohne den Stoff, wie eine bloße Geisterwelt, ohne Materie.

Neue Erfindung auf dem Gebiet der Narkose

Berlin, 24. März. In der Sitzung der Berliner medizinischen Gesellschaft berichtete der Chirurg Dr. Unger über ein von der J. G. Farbenindustrie neu hergestelltes, und von ihm zunächst versuchtes Narkotikum, das vom Mastdarm aus mittels Einspritzung wirke, und gegenüber den bisher gebräuchlichen Narcoticis, Cloroform und Aether in der Wirkungsweise und besonders hinsichtlich der Annehmlichkeit der Narkose bedeutende Vorzüge aufweise, und außerdem die Person des Narkotiseurs bei Operationen überflüssig mache. Eine Anzahl bedeutender Chirurgen, unter ihnen Professor Borchardt, Professor Normann, Professor Richard, Mühsam, schlossen sich dem günstigen Urteil Professor Ungers an.

— **Dritte Tagung für deutsche Orgelkunst in Freiberg i. Sa.** In der Pfingstwoche 1927 (7. bis 11. Juni) findet die dritte deutsche Orgeltagung in Freiberg i. Sa., der Stadt einer guterhaltenen Silbermannorgel, statt. Sie wird einberufen vom Landesverein der Kirchenmusiker Sachsens und wird sich vor allem der Frage einer Wiedergeburt der Orgel als Kultinstrument widmen. Auch durch Klärung liturgischer, musikwissenschaftlicher und orgeltechnischer Einzelfragen sucht die Tagung vor allem der praktischen Seite der neuen Orgelbewegung zu dienen. Für Vorträge und Vorführungen ist bereits die Mitarbeit bedeutender Fachleute gesichert. Ein Prospekt mit näheren Angaben über die Tagung wird auf Verlangen vom Bärenreiter-Verlag Augsburg oder der Tagungsleitung in Freiberg, Hotel Karsch, Am Bahnhof 9, kostenlos abgegeben.

— **Neue Erfindung auf dem Gebiete der Narkose.** In der Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft berichtete der Chirurg Professor Dr. Unger über ein von der J. G. Farbenindustrie neu hergestelltes und von ihm zunächst versuchtes Narkotikum, das vom Mastdarm aus mittels Einspritzung wirke und gegenüber dem bisher gebräuchlichen Narkotica Chloroform und Aether in der Wirkungsweise und besonders hinsichtlich der Annehmlichkeit der Narkose bedeutende Vorzüge aufweise und außerdem die Person des Narkotiseurs bei Operationen überflüssig mache. Eine Anzahl bedeutender Chirurgen, unter ihnen Professor Borchardt, Professor Nordmann, Professor Richard Mühsam, schlossen sich dem günstigen Urteil Professor Ungers an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192703262-19/fragment/page=0003

Turnen, Spiel und Sport

Das Borkumflugzeug in Halle

Am Donnerstag kurz nach Mittag landete, von Berlin kommend, Flugzeug D 731 der Norddeutschen Luftverkehrs A.-G., auf seinem Deutschlandflug für das Nordseebad Borkum auf dem Halleschen Flughafen. Heute wird das Flugzeug unter Führung des im Nordseeflugdienste bekannten Piloten O. Friedrich verschiedene Rundflüge über Halle ausführen und dann am Spätnachmittag in Richtung Chemnitz starten.

Wacker-Box-Abend am 1. April

Die Amateur-Box-Veranstaltung, welcher der H. F. C. Wacker am Freitag, 1. April, abends 8 Uhr im „Wintergarten" abhält, wird wieder eine komplette Kampfmannschaft der Blau-Weißen im Ring finden. Bei diesem Kampfabend ist von der Vereinsleitung erhöhter Wert auf die schwereren Gewichtsklassen gelegt worden. Da sich die Box-Abteilung des H. F. C. Wacker immer größeren Zuspruchs an aktiven Box-Jüngern erfreut, ist es ihr jetzt möglich, vom Federgewicht an aufwärts in jeder Gewichtsklasse zwei gute und zum Teil schon in der Oeffentlichkeit gern gesehene Kämpfer zu stellen.

Die Kampfmannschaft der Blau-Weißen, die am 1. April in den Ring geht, wird lauten: Boer (Federgewicht), Görk und Schober (Leichtgewicht), Schill und Meyer (Weltergewicht), Theuerkauf (Mittelgewicht), Krzak und Folkens (Halbschwergewicht). Für diese Mannschaft sind gute Kräfte vom V. f. B. Schönebeck, von Atlas-Leipzig und vom Vorklub Hannover verpflichtet worden. Das Programm weist wieder eine interessante Besetzung auf.

Handball der D. T.

Wiederum stehen wir vor einem handballarmen Sonntag. Lediglich der K. T. V. macht eine Ausnahme, denn er beschäftigt allein vier seiner Mannschaften auf eigenem Platze. Das Hauptinteresse wendet sich somit nach dort. Bereits 10¼ Uhr vormittags stehen sich auf dem Sportplatz Huttenstraße

K. T. V. (Meisterkl.) gegen Polizei-Weißenfels (Meisterkl.)

gegenüber. Dies ist das fünfte Zusammentreffen beider Mannschaften. Drei davon gingen verloren, eins endete unentschieden. Das Gesamtterresultat lautet 10:13. Aus diesem Vorverhältnis geht am deutlichsten die Ausgeglichenheit beider Gegner hervor. Der K. T. V. befindet sich zurzeit in aufsteigender Form, und wird alles versuchen, diesen Kampf für sich zu entscheiden. Da auch die Polizei mit ihrer stärksten Elf antritt, wird ein spannender Kampf zu sehen sein.

Anschließend hieran messen

K. T. V. I und T. V. Köhschen-Beuna I

ihre Kräfte. Beuna spielt in der II. Klasse, verfügt jedoch über eine technisch gute Mannschaft. Trotzdem werden sie von den Rotweißen eine sichere Niederlage hinnehmen müssen.

Der Giebichensteiner Turnverein empfängt auf eigenem Platze den Tabellenzweiten von Merseburg, den Allg. Turnverein. In der Felsenstraße stehen sich somit nachmittags 2½ Uhr gegenüber

G. T. V. I und A. T. V. Merseburg I.

In den Pflichtspielen hielten sich die A. T. Ver sehr gut. Da die Elf der Platzbesitzer in letzter Zeit mit recht schwachen Leistungen aufwartete, werden sie den Merseburgern den Sieg wohl überlassen müssen.

Weitere drei Mannschaften schickt der G. T. V. zum T. V. 1911 nach Möckerling. Die Spiele rangieren nach ihrem Werte an erste Stelle das Zusammentreffen

T. V. Möckerling I gegen G. T. V. (Meisterkl.).

Die Elf des Platzbesitzers, welche sich zurzeit in Hochform befindet, wird gegen die eingesprielte Meister-Klasse nicht allzu große Siegesaussichten haben.

In den beiden folgenden Zusammentreffen T. V. Möckerling (Turnerinnen) gegen G. T. V. (Turnerinnen) und T. V. Möckerling II gegen G. T. V. II kann man schwerlich einen Sieger voraussagen.

In Nietleben gibt es nachmittags 3 Uhr zwischen

T. V. Nietleben I und M. T. V. Eisleben I

einen interessanten Kampf. Der Meister der II. Klasse, M. T. V. Eisleben, will hier beweisen, daß er dem der I. Klasse nicht viel nachsteht. Trotzdem wird Nietleben für einen empfindlichen Torunterschied sorgen.

Die beiden Jugendmannschaften von T. V. Nietleben I. Jgd. und T. V. Trebnitz I. Jgd. treten in Beesenstedt zu einem Werbespiel an. Trebnitz ist uns noch vollkommen unbekannt; doch werden sie wohl eine Niederlage einstecken müssen.

In Ammendorf stehen sich nachmittags 4 Uhr

T. V. Ammendorf I und T. V. Cröllwitz I

gegenüber. Der Platzbesitzer dürfte hier einen knappen Sieg für sich herausholen.

Weiter stehen sich gegenüber: T. V. Ammendorf I. Jgd. gegen Köhschen-Beuna I. Jgd. (3 Uhr in Ammendorf); T. V. Ammendorf II. Jgd. gegen T. V. Cröllwitz I. Jgd. (9 Uhr in Ammendorf); K. T. V. II gegen Taubstummen T. V. I (2½ Uhr auf dem K. T. V.-Platz); K. T. V. II. Jgd. gegen T. V. Diemitz I. Jgd. (9 Uhr auf dem K. T. V. Platz).

Pferdesport

Unsere Voraussagen.

Saint-Cloud, 26. März.

1. Rennen: Farinette — Sans Vert. 2. R.: Stall Boussac — Jopp. 3. R.: Old Pip — Martini. 4. R.: Forseti — Cardinal. 5. R.: Muscadet — Cosquer. 6. R.: Tressaillant — Ato.

Renn-Ergebnisse.

Maisons-Laffitte, 25. März.

1. Rennen: 1. Wellington, 2. Bilaa, 3. Ernee; ferner Nr. /nach „Sporn" und „Union" 4, 5, 6, 7, 13, 15, 17, 18, 21, 22, 23, 24. Sieg: 73:10, Pl.: 27, 35, 25:10.

2. Rennen: 1. Expilando, 2. Dorylles, 3. Hermione II; ferner Nr. 31, 33, 35, 36, 37, 38, 45, 46. Sieg: 18:10; Pl.: 12, 16, 47:10.

3. Rennen: 1. Purete, 2. Perle d'Espagne, 3. Marciac; ferner Nr. 49, 51, 53, 55, 56, 57, 59, 61, 63, 64, 66, 67, 68, 69. Sieg: 57:10; Pl.: 27, 85, 86:10.

4. Rennen: 1. Poule au Pot, 2. Valle Heureuse, 3. Voyor; ferner Nr. 77, 79, 81, 83, 86, 87, 88, 89. Sieg: 216:10; Pl. 39, 26, 32:10.

5. Rennen: 1. Le Parquet, 2. Haute Vieme, 3. Sachet; ferner Nr. 104, 105, 107, 109, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117. Sieg: 60:10; Pl.: 22, 21, 19:10.

6. Rennen: 1. Sans Peu VII, 2. Tres Sport, 3. Hbuire; ferner Nr. 122, 123, 124, 125, 132, 133, 134, 137, 139, 141, 142, 143, 144, 145. Sieg: 138:10; Pl.: 31, 17, 18:10.

7. Rennen: 1. Argentaraise, 2. Vardore II, 3. Spiridion; ferner Nr. 155, 156, 158, 159, 161, 167. Sieg: 44:10; Pl. 16, 11, 26:10.

Rennkermin-Kalender 1927 braucht jeder Freund der Pferderennen. Der von der Buchhandlung August Reher in Berlin NW. 7, Dorothenstraße 22, geschaffene, seit Jahren durch sein praktisches Format vorteilhaft bekannte kleine Termin-Kalender ist zum Preise von 50 Pfg. (gegen Voreinsendung) erschienen und enthält als Neuerung die Alters-Gewichtstabellen für Deutschland, Frankreich und England, sowie die Gewichtsumrechnungstabelle aus englischem in deutsches Gewicht.

Familientragödie in Charlottenburg

Die Tat eines Geisteskranken

Berlin, 25. März. Eine blutige Familientragödie spielte sich heute in dem Hause Leonhardstraße 7 in Charlottenburg ab. Ein Geisteskranker gab

zwei Schüsse auf seine noch schlafende Frau

ab, die glücklicherweise nur leichtere Verletzungen verursachten. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und jagte

sich ebenfalls zwei Schüsse in den Kopf.

Seine Verletzungen sind schwerer Natur, so daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Der Geistesgestörte ist der 52 Jahre alte Buchhändler Wilhelm Groel, der früher in der Potsdamer Straße eine gutgehende Buchhandlung hatte. Seine Geschäftslage verschlechterte sich nach und nach so sehr, daß er schließlich gezwungen war, seinen Laden zu veräußern. Infolge dieses Mißgeschicks wurde auch

sein Geisteszustand getrübt.

Er weilte eine Zeitlang in einer Heilanstalt, von wo er später als gebessert entlassen wurde.

In der letzten Zeit bewohnte Groel mit seiner gleichaltrigen Frau Elise im Hause Leonhardstraße 7, Gartenhaus 2 Treppen, eine Dreizimmerwohnung. Heute morgen fielen im gemeinsamen Schlafzimmer der Eheleute kurz hintereinander mehrere Schüsse und gleich darauf wurden gellende Hilferufe der Frau Groel hörbar. Als die Nachbarn herbeieilten, kam die Frau mit blutüberströmtem Gesicht aus dem Schlafzimmer herbei und bat händeringend, rasch Polizei und einen Arzt zu holen, da

ihr Mann erst sie und dann sich selbst angeschossen

habe.

Schutzpolizeibeamte fanden dann den Geisteskranken aus zwei Kopfwunden blutend und besinnungslos auf dem Fußboden des Schlafzimmers liegend auf. Wie Frau Groel angab, hat ihr Mann, als sie noch schlafend im Bette lag, auf sie geschossen, wobei ihr das Nasenbein zerschmettert wurde. Ein zweiter Schuß streifte sie an der Wange. Das Ehepaar wurde in das Krankenhaus Westend gebracht.

Goldrausch im Ungarnland

Entdeckung avarischer Kriegergräber — Massenzustrom von Goldsuchern

Oedenburg, 23. März. Seit einigen Tagen ist die Umgebung von Oedenburg von einem Goldfieber ergriffen. Der Mittelpunkt ist die kleine, ein paar hundert Einwohner zählende Gemeinde Rabapordany am Raabfluß. Vor einigen Tagen fand ein Bauer beim Umgraben seines Feldes in nicht allzu großer Tiefe ein prachtvolles, anscheinend

altertümliches Schmuckstück aus massivem Gold.

Er stellte weitere Grabungen an und bald konnte er eine Menge goldverzierter Gegenstände, silberne Teller, Tonkrüge und eiserne Geschmeide an die Erdoberfläche befördern.

Bald erfuhr hiervon das ganze Dorf Rabapordany, und alle Bauern begannen auf ihren Feldern zu graben. Die Mühe blieb auch nicht unbelohnt. Außer verschiedenen Gold- und Silbergegenständen kamen massenhaft Menschenskelette und Knochen zum Vorschein.

Von den Grabungen erfuhren die Behörden von Oedenburg. Der Obergespan an der Spitze einer Kommission mit dem Direktor des Oedenburger Stadtmuseums und ein Budapester Universitätsprofessor stellten fest, daß es sich um

avarische Kriegergräber

handelt, die ins zweite bis erste Jahrhundert v. Chr. zurückreichen. Als der Bericht der Kommission bekannt wurde, kamen viele Leute nach Rabapordany. Gegenwärtig

kampieren etwa 500 ortsfremde Menschen auf den Feldern.

Soweit das Oedenburger Stadtmuseum eine Uebersicht auf Grund der ihr zum Kaufe angebotenen Gegenstände hat, beträgt der alleinige Materialwert der ausgegrabenen Gold- und Silberwaren rund 60 000 Mark. Das Stadtmuseum hat u. a. folgende Stücke angekauft: eine Goldfibel, mit Silber geziert, wofür 720 Mark bezahlt wurden. Für zwei goldene Ohrgehänge, die den charakteristischen avarischen Halbmond tragen und mit drei Perlenreihen, die über den Kopf zu tragen waren, verbunden sind, zahlte das Museum 120 Mark. Aus den Gräbern wurden auch

kleine Eisenkamm mit Goldstuck

ausgegraben, ebenso eine Menge silberne und bronzene Armbänder und Gehänge. In den umliegenden Dörfern tragen Bauernmädel avarische Geschmeide.

In Oedenburg scheinen viele Leute mit den avarischen Geschmeiden gute Geschäfte zu machen. Die Schmuckstücke wandern von Hand zu Hand und der Kaufpreis eines und desselben Gegenstandes beträgt oft am Abend bereits das Vielfache des Preises am Morgen desselben Tages. Am Sonntag kam es

zu blutigen Schlägereien unter den schwer herausschen Schatzgräbern.

Im Verlaufe des Streites hat ein junger Bursche mehrere seiner Zechgenossen mit Messerstichen verletzt. Die Behörden wollen nunmehr energisch gegen die Schatzgräber vorgehen.

Torpedoboot 90 bei Cuxhafen gestrandet

Hamburg, 25. März. Wie aus Cuxhafen gemeldet wird, ist dort unweit der Badeanstalt das Torpedoboot 90 infolge dichten Nebels auf Grund geraten. Eine Reihe von Schleppern sind zu Hilfe geeilt. Man hofft, das Boot bei eintretender Flut wieder flott zu bekommen.

Vom Potsdamer Platz zwangsweise auf die Anklagebank gebracht

Berlin, 24. März. In dem seit dem 25. Januar vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte zur Verhandlung stehenden großen Autoschiebungsprozeß Hein v. Lehn und Genossen spielte einer der Hauptangeklagten, der Autohändler Otto Witt, dem die Beteiligung an einer ganzen Reihe von Autoschiebungen zur Last gelegt wird, eine nicht unwesentliche Rolle. Witt war vom ersten Tage der Verhandlung ab ausgeblieben. Der Aktrennungsbeschluß war bis zum Schluß der Verhandlung hinausgeschoben, da wiederholt berichtet worden war, daß Witt sich in Berlin aufhalte und er auch an verschiedenen Stellen gesehen worden war. Es war auch bekannt, daß er ein offenes Autogeschäft betreibe. Trotzdem konnte man seiner nicht habhaft werden. Wie sich jetzt herausstellte, führte Witt das Geschäft in Charlottenburg unter dem falschen Namen „Witba". Vor einigen Tagen begegnete einer der anderen Angeklagten, der Autohändler Pfeil, dem Witt zufällig am Potsdamer Platz und erfuhr von diesem in einem kurzen Gespräch, daß er über alle Vorgänge in Moabit genau unterrichtet sei, da ein Freund von ihm als Zuhörer den Verhandlungen regelmäßig beiwohne, und ihm

nach Schluß der Sitzungen am Potsdamer Platz Bericht erstatte.

Pfeil hatte ein Interesse daran, Witt vor Gericht gegenübergestellt zu werden, da er den Löwenanteil an den ihm zur Last gelegten Autoschiebungen auf Witt schob. Er machte daher dem Gericht von seinen Wahrnehmungen Mitteilung. Mit einem Haftbefehl des Gerichtes ließ Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ziegel Witt auf dem Potsdamer Platz, als er sich nach Schluß der letzten Sitzung wieder mit seinem Verbindungsmann an dem verabredeten Ort am Potsdamer Platz traf, durch Kriminalbeamte verhaften. Auf dem Umweg über das Untersuchungsgefängnis gab gestern Witt seine erste unfreiwillige Gastrolle als Angeklagter vor Gericht und wurde zu den ihn betreffenden Anklagepunkten vernommen. Er lehnte jede Verantwortung ab, weil er seit 1924

wegen Geistesschwäche entmündigt

sei. Noch ein zweiter Mitangeklagter wird nachträglich in den nächsten Tagen in diesem Riesenprozeß vor Gericht erscheinen. Es handelt sich um den flüchtigen Bankier Löwenthal, der mit Hilfe einer Winkelbank zur „Finanzierung" der Autogeschäfte Zahlungsanweisungen ausgestellt hatte. Löwenthal war rechtzeitig ins Ausland gegangen, ist aber vor kurzem in Bukarest festgenommen worden. Da die Auslieferungsverhandlungen soweit gediehen sind, daß Löwenthal jeden Tag in Berlin eintreffen kann, hat das Gericht sich entschlossen, den Fall Löwenthal auch im Rahmen dieses großen Prozesses zur Aburteilung zu bringen. Allerdings kann auch aus prozessualen Gründen nur gegen die anderen Angeklagten verhandelt werden, und Löwenthal kommt vorläufig nur als Zeuge in Betracht. Gegen ihn wird später gesondert verhandelt, und dann werden

mit verlustlichen Rollen die jetzigen Angeklagten als Zeugen

gegen ihn aufzutreten haben. Durch diese Zwischenfälle ist der Schluß der Beweisaufnahme, der vom Gericht schon in dieser Woche vorgesehen war, um eine weitere Woche hinausgeschoben worden.

Im Eisenbahnwaggon tot aufgefunden

Tragisches Ende eines seit Wochen Vermißten.

Seit dem 18. Februar wurde in Oranienburg der 15jährige etwas geistesschwache Gärtnerlehrling Hellmut Bernhard aus Sachsenhausen, der Sohn eines Lokomotivführers, vermißt. Gestern fand man den Jungen in einem unverschlossenen Abteil eines auf dem Oranienburger Bahnhof stehenden Reserve-Vorortzuges in liegender Stellung tot auf. Die Leiche wies keine Spuren äußerer Gewalt auf. Wahrscheinlich ist B. herumgeirrt, hat dann in dem Eisenbahnwagen geschlafen und infolge von Entkräftigung am Herzschlag gestorben oder in einer kalten Nacht erfroren.

Der Vater ist täglich mehrmals an seinem toten Kind vorbeigefahren, immer noch hoffend, daß der Junge einmal irgendwo lebend doch noch wieder auftauchen würde.

360 000 Mark Geldstrafe wegen Schwarzbrennerei

Münster, 24. März. Vor dem erweiterten Schwurgericht hatten sich heute der Kaufmann Albert Meyer, Inhaber einer Likörfabrik, der Chemiker Dr. Hermann Herzog, der Kaufmann Marian Nowakowski, der Student Richard Bönner, der Schlosser Hans Bade und der Elektriker Wilhelm Leyer wegen verschiedener Vergehen gegen das Reichsmonopolgesetz, u. a. Schwarzbrennerei, zu verantworten. Mit Rücksicht auf die umfassenden Geständnisse der beiden Hauptangeklagten wurde auf die Vernehmung der Zeugen und der insgesamt 11 Sachverständigen verzichtet. Die Hauptangeklagten erzählten, daß nur die bitterste Not sie zu den Vergehen getrieben habe, der Erlös aus der verbotenen Handlung sei nur zur Befriedigung der drängenden Gläubiger benutzt worden. Das Urteil lautete gegen Meyer und Herzog wegen fortgesetzten Vergehens gegen das Reichsmonopolgesetz auf eine Geldstrafe von zusammen 280 386 Mark und 81 483,5 Mark Wertersatz, gegen Meyer außerdem anteilig einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von drei Monaten auf 3000 Mark und gegen Herzog für einen Monat Gefängnis auf 500 Mark Geldstrafe für je 1000 Mark einen Tag Gefängnis. Nowakowski wurde zu 1000 Mark Geldstrafe evtl. für je 20 Mark einen Tag Gefängnis, Bönner zu 100 Mark und Leyer und Bade zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Bei den letzten drei Angeklagten tritt für je 5 Mark einen Tag Gefängnis im Nichtbeitreibungsfalle ein. Sämtliche Angeklagten nahmen das Urteil an.

Hauszusammensturz in Prag

Prag, 25. März. In Prag ist heute früh die Vorderfront eines seit längerer Zeit baufälligen Wohnhauses zusammengestürzt. Menschenleben sollen nicht zu beklagen sein. Das Unglückshaus und ein Nebenhaus müssen abgebrochen werden. Der Straßenzug ist völlig abgesperrt. Pioniere und Feuerwehren sind mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

Furchtbarer Zyklon über Tomsk

Eine Fähre kentert. — 20 Menschen ertrinken.

Moskau, 24. März. Der bereits gestern kurz gemeldete Zyklon im Tomsker Gebiet wütet noch immer und ist von Schneestürmen begleitet. Westlich Nowosibirsk sind 15 Güterzüge im Schnee stecken geblieben. Die altaische Eisenbahn hat den Zugverkehr eingestellt. Der Moskauer Zug ist mit 24 Stunden Verspätung noch eingetroffen. Die Ueberschwemmungen in Charkow nimmt immer größeren Umfang an, und die Bevölkerung der betroffenen Stadtteile flüchtet in die Dachkammern. Feuerwehr, Miliz und Militär arbeiten Tag und Nacht. Das Hochwasser steigt noch. Ein besonders schweres Unglück ereignete sich im Dorf Kramatorsk bei Charkow. Eine Fähre mit 40 Arbeitern ist auf dem Fluß Donitz gekentert, 20 Arbeiter wurden sofort von der reißenden Strömung fortgerissen und ertranken.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für Leitl: Adolf Lindemann; für Lokales Kunst und Unterhaltung: Dr. Erich Sellheim; für Volkswirtschaft und Sport: Dr. Hans Henningsen; für Mitteldeutschland und den allgemeinen Teil: Dr. Hans Ulrich Reinicke; für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Romes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192703262-19/fragment/page=0004